

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	8 (1967)
Heft:	18
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

5-Tage-Arbeitswoche – Propaganda und Wirklichkeit

Die vom Ministerrat der Sowjetzone am 3. Mai 1967 verabschiedete und auf den 28. August in Kraft gesetzte Verordnung über die Neuregelung der Arbeitszeit verspricht — flüchtig betrachtet — den Arbeitern und Angestellten in der Zone eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Statt der 45-Stunden-Woche wird nun die 43½-Stunden-Woche eingeführt.

Allerdings soll in dieser kürzeren Zeit die gleiche Leistung erbracht werden wie vorher. Um das zu erreichen, ist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, das heißt der je Stunde geleisteten Produktion notwendig. Nur dann kann der Arbeitnehmer mit dem gleichen Lohn rechnen wie vor der Arbeitszeitverkürzung. Die Erhöhung der Arbeitsnorm fängt also die Arbeitszeitverkürzung auf. Mit andern Worten: der Akkordlohn wird verkürzt. Von einer Verbesserung der Stellung des Arbeitnehmers kann also kaum die Rede sein.

Zudem wird die Arbeitszeit in keinem nennenswerten Ausmass verkürzt, weil — wie es für die Zone zutrifft — bisher bezahlte Feiertage gestrichen, das heißt zu Arbeitstagen deklariert wurden. Von den bisher 11 gesetzlichen Feiertagen, für die, falls sie auf einen Werktag gefallen sind, der ausfallende Lohn bezahlt worden ist, sind nach der Neuregelung nur mehr 5 übrig geblieben. Diesen 5 bezahlten Feiertagen stehen z. B. in der BRD 10 bis 13 (je nach Bundesland) gegenüber.

Berechnungen¹, die angestellt wurden, um die jährliche Arbeitszeitverkürzung zu erfassen, kamen unter Berücksichtigung aller Bestimmungen der genannten Neuregelung zu dem Ergebnis, dass diese 8¾ Stunden pro Jahr beträgt.

Allerdings war nach einer Rede Ulbrichts auf dem 8. Parteitag nichts anderes zu erwarten; er sagte wörtlich: «Eine Verkürzung der Arbeitszeit beim gegenwärtigen Niveau unserer Arbeitsproduktivität und dem Fehlen von Arbeitskräften ist ökonomisch nicht vertretbar.»²

Das ist das Ergebnis der näheren Analyse einer Meldung, die kommentarlos in vielen Zeitungen veröffentlicht und am Radio mitgeteilt worden ist, eine Meldung, die völlig falsche Vorstellungen von der Lage der Arbeitnehmer in der DDR erwecken musste.

¹ Vergleiche «Deutsche Fragen», Jahrgang 13, August 1967, Seite 148.

² «Neues Deutschland» vom 18. April 1967, Seite 14.

Wahlen in Ungarn vor 20 Jahren

Vor zwanzig Jahren, am 31. August 1947, wurden die letzten freien Wahlen in Osteuropa abgehalten, und zwar in Ungarn.

Während in den übrigen osteuropäischen Staaten die Führung der Kommunisten schon 1945/46 gesichert war, konnten die ungarischen Kommunisten an den ersten Nachkriegswahlen vom Herbst 1945 trotz Einschränkungen des

Wahlrechts und sowjetischer Besetzung nur 17,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die Wahlresultate lauteten: Kleinlandwirte: 245 Mandate (59,9 Prozent); Kom. Partei: 70 (17,11); Sozialdem. Partei: 69 (16,90); Nat. Bauernpartei: 23 (5,60); Bürg.-dem. Partei: 2 (0,49).

Auch die ungarischen Kommunisten wollten im Parlament eine sicherere

Stellung haben; deshalb erwirkten sie mit Hilfe des Präsidenten der Internationalen Kontrollkommission, des sowjetischen Generalleutnants Swiridow, die Auflösung der 1945 auf vier Jahre gewählten Nationalversammlung. Auf den Anlass wurde ein neues Wahlgesetz (Nr. 22/1947) verabschiedet, für welches die Kommunisten zwei wichtige Bedingungen durchzusetzen vermochten: an den Wahlen konnten alle demokratischen Kräfte durch eigene Parteien teilnehmen; diejenigen, die sich am Wahltag nicht in dem Kreis befanden, in welchem sie als Wähler registriert waren, konnten mit einer Bestätigung auf einem «blauen Zettel» überall im Lande stimmen.

Die Zulassung unbeschränkter Parteien hatte die Aufspaltung des bürgerlichen Lagers zur Folge. Und mit Hilfe der «blauen Zettel» wurde der grösste Wahlbetrug in der Geschichte der ungarischen Wahlen begangen. Die Kommunistische Partei liess mehrere hunderttausend Bestätigungen drucken und verteile sie an junge Kommunisten. Die Polizei (!), das Innenministerium und einige bereits verstaatlichte Betriebe stellten ihre Lastwagen den Jungkommunisten zur Verfügung, die mit den gefälschten «blauen Zetteln» von Ort zu Ort fuhren und ihre Stimmen überall abgaben. Ein Lastwagen nahm 30–90 Jungkommunisten mit, jeder von ihnen hatte 60–80 gefälschte «Bestätigungen» bei sich. Die Internationale Kontrollkommission, die aus Vertretern der Siegermächte zusammengesetzt war, griff trotz wiederholtem Ersuchen der bürgerlichen und der Sozialdemokratischen Partei nicht ein, obwohl es ihre Aufgabe gewesen wäre, auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln zu achten. Die Polizei musste mitmachen, denn sie stand unter kommunistischer Führung. Von ungarischer Seite konnte niemand gegen diesen Betrug etwas unternehmen; das Land war besetzt. Der sozialdemokratische Justizminister, Istvan Ries, protestierte umsonst. Die Kleinlandwirte protestierten ebenso erfolglos sowohl bei den westlichen Vertretungen als auch bei den sowjetischen Mitgliedern der Internationalen Kontrollkommission.

Allein diesem Betrug hatten die Kommunisten zu verdanken, dass sie 22,27 Prozent der Mandate auf sich vereinigen konnten. Der Wahlausgang war folgender:

Koalitionsparteien (ohne Einheitsliste): Kommunisten 22,27 (Prozentanteil der Mandate); Kleinlandwirte 15,40; Sozialdemokraten 14,90; Nat. Bauernpartei 8,31.

Oppositionelle Parteien: Dem. Volkspartei 16,41; Unabhängige Partei 13,42; Unabhängige dem. Partei 5,21; Radikale Partei 1,68; Christl. Frauenliga 1,69; Bürgerl.-dem. Partei 1,01.

Die vielen bürgerlichen oppositionellen Parteien entzogen der Kleinlandwirtschaft die Stimmen. Später beraubten die Kommunisten überdies durch das von ihnen aufgestellte Parlamentsgericht die oppositionelle Ungarische Unabhängige Partei (Pfeiffer-Partei) wegen Wahlbetrugs (!) aller Mandate.

Im September fasste der Große Ausschuss der Kleinlandwirtpartei den Beschluss, mit allen Parteien eine Koalition einzugehen mit Ausnahme jener Kommunisten, die sich einer Zusammenarbeit als unwürdig erwiesen. Wegen sowjetischer Intervention konnte der Beschluss nicht verwirklicht werden, obwohl die Idee einer solchen Koalition auch von den übrigen Parteien begrüßt wurde. 1948 wurden die oppositionell eingestellten Abgeordneten, hauptsächlich der Kleinlandwirtpartei und der Sozialdemokraten, zum Rücktritt gezwungen oder verhaftet. Im Juni wurde den so gesäuberten Sozialdemokraten die Vereinigung mit den Kommunisten aufgezwungen, und Ungarn teilte von da an das Schicksal der übrigen osteuropäischen Länder.

Kinderübung «Mauerbau»

Die ostdeutschen Kinder mussten zum Jahrestag des Mauerbaus in Berlin am 13. August an Nachtübungen der Ferienlager teilnehmen und «Mauerbau» spielen. Laut Ankündigung in der Zeitung «Pionierleiter», einem Organ für Funktionäre in der ostdeutschen Kinderorganisation, wurde das nächtliche Übungsspiel «dem beispielhaften Einsatz unserer Genossen Kämpfer gewidmet.»

Die Funktionäre in den Ferienlagern wurden im «Pionierleiter» aufgefordert, den Kindern bereits einige Tage vor dem Spiel «die Bedeutung, die Zusammenhänge und verschiedene Einzelheiten der Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961» zu erklären sowie die Gruppenführer zu berufen und den «Stab der Einheit» zu bilden.

Der Alarm sollte unmittelbar nach Beginn des Abendessens mit dem Ruf: «Alarm! Unternehmen Morgenröte beginnt!» ausgelöst werden. Die Kinder mussten sich dann sofort im Eilmarsch zum Treffpunkt X begeben, wo der Befehl erteilt wurde: «Die Gruppen führen Sicherungs- und Befestigungsaufgaben im Grenzgebiet durch; dazu sind Streifen-, Posten- und Arbeitsdienste einzuteilen. Spähtrupps haben alle Schlupfwinkel des Gegners ausfindig zu machen. Jeder erteilte Auftrag ist zu erfüllen, ohne dabei von Aussenstehenden gehört oder gesehen zu werden.»

An der «Grenzlinie» mussten die Kinder «selbstständig ihren Grenzabschnitt sichern und in 45 Minuten eine Stabsensperre und einen Stützpunkt aufzubauen» sowie einen «Agententreff» verhindern. Eine weitere Aufgabe war u. a. «das Auffinden vorgelegter Fußspuren» an der Grenze.

Die besten Gruppen wurden «vor der Fahne der Pionierorganisation» ausgezeichnet.

In Kürze

Zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde der junge mazedonische Schriftsteller Kiro Donev, weil man ihm offenbar nicht glaubte, dass in seiner Erzählung «Frau aus Monoblada» die Ähnlichkeiten von Romanfiguren mit lebenden Personen zufällig waren. Ent-



150 Kommunisten stören 1946 in Szegedin eine Versammlung der Ungarischen Volkspartei.

rüstete Bürger eines Dorfes fühlten sich in verleumderischer Weise porträtiert, und der Autor ist auf das Beurungsverfahren angewiesen, um zu beweisen, dass er von der Existenz dieser Leute überhaupt nichts gewusst hat. Mittlerweile hat sich Frau Domažetova auf diese doch eher ungewöhnliche Art gerichtlich bestätigen lassen, dass sie im Unterschied zur fahrlässigen Romanheldin ihr siebentes Kind von ihrem Mann und nicht vom Buchhalter der Landwirtschaftlichen Genossenschaft habe.

*

Die Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden, sind für Hochschulabsolventen dieses Jahr grösser als letztes Jahr, erklärte Frau F. Szabo von der Budapest University Eötvös Lorand. Kaum die Hälfte der Absolventen konnte bisher einen Posten finden, zumal sich in Budapest manchmal zwanzig, ja sogar vierzig Anwärter auf eine freie Stelle finden. An der Fakultät für Chemie gab es für die rund 80 Absolventen nur einige wenige freie Stellen, und es wurden auch aus der Provinz keine Stellen angeboten. Auch für Spezialisten der wissenschaftlichen Fachrichtung, wie etwa Biologen, besteht derzeit bei den Forschungsinstituten keine Möglichkeit, unterzukommen. Für Lehrkräfte in der Provinz sind meist nur an den Elementarschulen freie Stellen zu finden, und Vakanzen an Mittelschulen werden immer seltener.

*

In Jugoslawien sind 200 kg Haschisch verbrannt worden, die man an der Grenze nach Bulgarien von einem pakistanschen Schmuggler beschlagnahmt hatte.

*

Gross war die Überraschung bei den Lehrern der Oberschule Stolpen (Bezirk Dresden), als kürzlich Schüler der 10. Klasse zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR als Soldat auf Zeit gewonnen werden sollten und die Schüler ihren Unwillen darüber mit den Worten zum Ausdruck brachten: «Warum gerade ich? Es gibt so viele.» «Ich bin noch jung, ich will mein Leben geniessen», und «Wenn ich drei Jahre diene, fehlt mir das am Geld.» Das hat dieser Tage der stellvertretende Bezirksschulrat von Dresden, Heinz Büttig, berichtet.

*

Auf dem Hongkonger Buchmarkt ist ein kleines rotes Buch mit den Zitaten Liu Schao-tschis erschienen, und zwar in der gleichen Aufmachung wie das Zitatentüchlein von Mao Tse-tung.

*

Der Auslandsdienst von Radio Moskau wird zurzeit in 58 Sprachen ausgestrahlt. Neben den europäischen Sprachen werden auch einige afrikanische Sprachen verwendet, die von höchstens zwei bis drei Millionen Menschen gesprochen werden. Diese Sendungen wurden nur darum aufgenommen, weil sich dafür gerade ein Sprecher anbot und ein sowjetischer Kontrolleur für

diese Sprache auch vorhanden ist. Neben Radio Moskau beteiligen sich an dieser Propaganda für das Ausland noch neun Kurzwellenstationen. Hier werden mindestens zwei weitere Sprachen verwendet. Zunächst kurdisch für den Iran, den Irak und die Türkei, dann handelt es sich um die uigurische Sprache, die die Urbevölkerung der Autonomen Provinz Sinkiang spricht.

*

Die CSSR und die DDR haben ein Abkommen über den visumfreien Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten unterzeichnet. Es ermöglicht unter anderem Privatreisen bis zu 30 Tagen, ohne dass dazu eine schriftliche Einladung aus dem andern Land vorliegen muss wie bisher.

*

Laut einem rumänischen Beschluss wird die Zahl der Dienstautos um einen Drittel reduziert. Anspruch auf ein Dienstauto haben in Zukunft nur hohe Funktionäre der Regierungsstellen und der Volksräte. Generaldirektoren und gleichgestellten Funktionären der Zentralverwaltung steht für Dienstreisen bis maximal 250 km ein Dienstauto zur Verfügung. Nicht mehr in Verwendung stehende Dienstautos werden der Rangfolge nach an Generaldirektoren, Direktoren, Sektionschefs, Cheingenieure usw. gegen Anzahlung von 20 Prozent des Verkaufspreises und Bezahlung der Restanz in höchstens 48 Monatsraten abgegeben.

*

In Südostserbien wurde ein Vorkommen von Renium entdeckt, das zu den seltensten Metallen gehört und von grosser Bedeutung für Elektronik, Nuklear- und RaketenTechnik ist. Etwa 80 Prozent des in der Welt geförderten Reniums wird in Nuklearreaktoren verwendet. Das jugoslawische Vorkommen wurde in einem ausser Betrieb stehenden Zinnbergwerk entdeckt. Es wird auf etwa 40 Tonnen geschätzt, was sehr viel ist, da die Weltreserven an Renium insgesamt nicht mehr als 500 bis 600 Tonnen betragen sollen.

*

Demnächst werden die Bauarbeiten für eine neue Studenten- und Universitätsstadt bei Sofia eröffnet werden. Auf einer Fläche von 288 ha werden Anlagen für 42 000 Personen erstellt. In der neuen Universitätsstadt werden die Hochschulen für Technik und Körperfunktion untergebracht. In sechs Instituten werden 31 000 Studenten unterrichtet. Für 6000 Personen (Professoren, Dozenten, Assistenten) werden, nebst Wohngebäuden, die notwendigen Räumlichkeiten für Forschungsarbeit sowie ein Bürohaus und ein Kulturhaus gebaut. 24 000 Studenten werden in der Studentenstadt wohnen. Die neue Anlage soll bis 1980 fertiggestellt werden.

*

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung von Erdöl und Gas als Energieträger erwartet die CSSR einen Rückgang der Nachfrage nach Kohle. Deshalb, so schrieb Bergbau-

RITEX

YES SIR

Sie haben recht, wenn Sie glauben, ein Blazer müsse gar nicht unbedingt uni-blau sein.

Es gibt auch solche ohne die obligaten Uniformknöpfe. Wie zum Beispiel RIMBA von RITEX. Sein Schnitt ist modern: erhöhte Schultern, leicht überrollende Ärmel, grosszügiger Abstich und quergesetzte Leist. RIMBA ist aus reiner Schurwolle. Und von RITEX! Das heisst: unkonventionell geschnitten und wirklich erstklassig verarbeitet.

Bezugsquellenachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

minister Frantisek Penc in «Rude Pravo», ist vorgesehen, ab 1968 den Preis für die Tonne Kohle je nach Förderungskosten zu differenzieren. Daraus folge die Notwendigkeit, unrentable Bergwerke zu schliessen. Minister Penc stellt fest, dass bereits in den Jahren 1965 und 1966 zehn Zechen geschlossen wurden und bis 1970 die Schliessung weiterer 59 Bergwerke vorgesehen ist. Die Bergbauarbeiter werden zu anderen Zechen oder sonstigen neuen Arbeitsstätten überwechseln.

*

Jugoslawische Nonnen eines serbischen Ordens haben eine nahe gelegene Bar gezwungen, die Lautstärke der Tanzmusik einzudämmen, indem sie sich mit Glockenglätteln bemerkbar machen. Dieser Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 28. Juli beim Kloster des Ordens von Zica. Seit dem 1. Juli konn-

ten die Nonnen nicht mehr schlafen, weil der Lärm der Sängerinnen und der Kapelle der nur etwa 50 Meter entfernten «Picnic»-Bar sie daran hinderte. Das Programm begann um 20.30 Uhr, und um die gleiche Zeit setzte das ohrenbetäubende Geläute der Glocken ein. Die Nonnen liessen die Glocken so lange ertönen, bis das Kabarett sich schliesslich um 23.30 Uhr ihren Wünschen fügte; inzwischen war die gesamte Bevölkerung geweckt worden. Am nächsten Tag wurde der Besitzer des «Picnic» von der Behörde angewiesen, für Ruhe in seinem Lokal zu sorgen.

*

Einen objektiv gehaltenen Beitrag über «Die wirtschaftliche Lage der Schweiz» hat Dr. habil. K. Kolloch in der Ostberliner Zeitschrift «Aussenhandel» veröffentlicht.

denz

clichés bern

Tscharnerstrasse 14
Telefon 031-451151